

Burkina Fasos Goldminen sind Fabriken des Elends

Wie ODJ den Kampf gegen Landgrabbing unterstützt
Interview mit Mohamed Dagano

ASW: Wie kann man sich Landgrabbing heute in Burkina Faso vorstellen?

ODJ: In Burkina Faso betreiben vor allem multinationale Agrar- und Bergbaukonzerne Landgrabbing. Sie sind im Wesentlichen an Gold und Baumwolle interessiert. Das sind in Burkina Faso die wichtigsten Exportgüter.

Der Abbau von Gold boomt in Burkina Faso massiv. Es ist der am schnellsten wachsende Sektor. Trotz der Sicherheitskrise sind die Goldexporte im Jahr 2020 um 20% gestiegen.

Es gibt inzwischen 16 große Goldminen in Burkina Faso. Die Gold-Multis nehmen dafür zum Teil sehr große Landflächen in Beschlag. Das russische Unternehmen *Nordgold* hat zum Beispiel Nutzungsrechte auf einer Fläche von über 200 km² (so groß wie die Stadt Düsseldorf).

An manchen Orten suchten bereits lange vorher handwerkliche Goldsucher*innen nach dem Edelmetall und hatten damit ein Einkommen. Das meiste Land war vorher aber Weide- oder Ackerland, Brachland oder Wald. Und es gab dort auch Kultstätten und Dörfer.

Aktuelle Zahlen belegen, dass schon 25% der gesamten Landfläche von Burkina Faso mit dem Bergbau in Berührung gekommen sind, weil eine Bergbau- oder Explorations-Genehmigung vorliegt.

Wie kommt die Bergbauindustrie an das Land?

Die Bergbauindustrie bekommt das Land direkt vom Staat. Die lokale Bevölkerung ist in die Verhandlungen nicht einbezogen. Erst wenn Staat und Unternehmen übereingekommen sind, werden die traditionellen Autoritäten gebeten, zuzustimmen.

Diese Zustimmung ist aber alles andere als frei und informiert. Viele lokale Autoritäten sind nicht mit den Risiken des Bergbaus vertraut. Der Staat ist hier auch nicht hilfreich.

Zwar haben sich seit 2018 die Gesetze geändert hinsichtlich einer Entschädigung, wenn Land enteignet wird, aber eine wirksame Umsetzung ist weit entfernt. Letztlich geben die lokalen Autoritäten ihre Zustimmung, und dies öffnet Tür und Tor für Missbräuche und Umweltzerstörung durch die Unternehmen, auch wenn Entschädigungsbedingungen ausgehandelt wurden.

Wie sieht die lokale Bevölkerung und die Zivilgesellschaft dieses Landgrabbing?

Wir sehen, dass die lokale Bevölkerung nur Nachteile von der Bergbauindustrie hat.

Die Konzerne der Goldminen stellen immer ihren positiven Beitrag zur Lebenssituation der lokalen Bevölkerung heraus: die Schaffung von 15.000 direkten und 50.000 indirekten Jobs sowie ihren finanziellen Beitrag in einen „lokalen Entwicklungsfonds“. Den Zahlen der Konzerne müssen wir natürlich misstrauen.

Unsere eigenen Beobachtungen hingegen zeigen, dass es – rund um den Bergbau – in allen Provinzen Burkina Fasos vermehrt zu Konflikten, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen kommt.

In den Konflikten geht es um den Verlust von Acker- und Weideland, Umsiedlung und die Verschmutzung von Böden, Luft und Wasser. Die lokalen Gemeinden müssen sich mit diesen Konflikten auseinandersetzen und Lösungen finden. Der Druck auf die verbleibenden Flächen steigt, wenn viel Land unbrauchbar wird. Dazu kommt der Frust über die nicht eingehaltenen Beschäftigungsversprechungen.

Auch die kleingewerblichen Goldsucher haben Nachteile. Wenn sie bereits vorher in den Gebieten Gold schürften, verlieren sie nun ihre Beschäftigung und ihr Einkommen. Letztlich geht es bei diesen Konflikten also nicht nur um die Kontrolle über Land, sondern auch um die Kontrolle über das Gold im Boden.

Letztlich profitiert der burkinische Staat längst nicht genug vom Bergbau der Konzerne. Aktuell kommen nur 13% der öffentlichen Einnahmen aus dem Bergbau (nur ca. 530 Millionen US-Dollar). Das ist wenig, wenn man bedenkt, dass die Unze Gold seit mehr als 3 Jahren bei knapp 2000 US-Dollar liegt und das Gesamt-Exportvolumen des Bergbaus in Burkina Faso im Jahr 2020 bei 3,5 Milliarden USD lag.



Die Straße des Bergbauunternehmens ist streng von der Dorfstraße separiert

Gold, das Exportprodukt Nummer Eins, trägt damit nur sehr wenig zur Mobilisierung der öffentlichen Einnahmen bei.

Der industrielle Bergbau ist eine „Fabrik des Elends“. Die Bevölkerung verarmt und ist empört über diese Situation; es entzündeten sich Momente des Aufbruchs.

Was geschieht mit dem Land, wenn die Bergbauindustrie dort fertig ist?

Diese Flächen bleiben für die Beweidung, aber vor allem für die Landwirtschaft unbrauchbar, also eine ökologische Katastrophe. Es bleiben große offene Gruben, in denen sich kontaminiertes Wasser sammelt, das in den Untergrund sickert. Diese klaffenden Löcher in der freien Natur stellen eine Gefahr für Mensch und Tier dar.

Im Prinzip sieht die Gesetzgebung eine schrittweise Sanierung bis zur endgültigen Schließung des Bergwerks vor. Dies galt bereits zwischen 2003 und 2015, bevor das Bergbaugesetz geändert wurde. Aber die Bergbauindustrie hält sich nicht daran, und der Staat unternimmt nichts, um sie dazu zu zwingen.

Deshalb sind bis heute die Minen Poura und Kalsaka, die 1999 bzw. 2013 geschlossen wurden, noch nicht wiederhergestellt. Das Grundwasser ist chemisch verunreinigt und als Trinkwasser ungeeignet. Bis heute ist kein Leben, auch kein pflanzliches, in den offenen Gruben möglich.

Gibt es Möglichkeiten, die Landnahme der Bergbauindustrie zu verhindern?

Ja, es ist absolut möglich, gegen Landgrabbing vorzugehen. Wichtig ist dabei, dass sich Menschen rechtzeitig und richtig organisieren!

Ein Beispiel, wo ein Landraub verhindert wurde, ist die Gemeinde Boudri. Hier haben sich die kleingewerblichen Goldsucher*innen und die Gemeinde schnell und gut organisiert. Mit Unterstützung von ODJ wehrten sie sich erfolgreich gegen das Bergbauunternehmen *Tanlouka* (später *Sanbrado Mining*). Das Unternehmen sah sich gezwungen, einen Teil seiner Lizenz an die kleingewerblichen Bergleute zu übertragen.

Ein anderes Beispiel ist die Gemeinde Houndé. Auch hier ist die Gemeinde rechtzeitig aktiv geworden. Im Februar 2019 sollte auf ihren Feldern eine „Exploration“ stattfinden – ohne ihr Wissen oder Einverständnis. Die kleingewerblichen Goldgräber unterstützten die erfolgreichen Protestaktionen. Trotz dieser Erfolge dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Die aktuelle Regierung schreitet schnell und repressiv gegen Volkskämpfe ein, wenn es um den Bergbau geht – wie geschehen in zwei Orten im Osten von Burkina Faso (Koukoufouanou und Banouassi).



Auf allen Ebenen sensibilisiert und mobilisiert ODJ die betroffene Bevölkerung gegen den Landraub.
Foto: Das Team von ODJ.

Was sollte sich ändern, damit die Bergbauindustrie nicht mehr so leicht an Land kommt?

Die lokalen Gemeinden müssen für die negativen Auswirkungen des Bergbaus auf Leben und Umwelt sensibilisiert werden und besser in der Lage sein, bei Entscheidungsträgern Fürsprache für sich zu organisieren. Dazu benötigen die Gemeinden technische Unterstützung (rechtlich, sozial, mikroökonomisch usw.). Hier wird ODJ aktiv. ODJ ist bestrebt auf allen Ebenen – Provinzen, Gemeinden, Dörfer, Stadtviertel, Märkte, Bergbaustandorte usw. – die Bevölkerung weiter zu sensibilisieren, zu organisieren und zu mobilisieren.

Ändern müssen sich der Umfang der Entschädigung und die Anforderungen an die Betreiber: Die Unternehmen müssen sich auch bei der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt engagieren.

Vor allem aber müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Menschen in Zukunft ein Wort zu sagen haben bei dem Aufbau eines Standortes der Bergbauindustrie. Dies ist heute der einzige Weg, um gegen Landgrabbing zu kämpfen, denn die politischen Entscheidungsträger setzen sich immer gegen die Interessen der Bevölkerung und für die der Konzerne ein, da sie Aktionäre dieser Industriestandorte sind oder sein könnten.

Das Interview führten wir im September 2021